

Hier bei der Expedition 2 R., außerhalb bei
den Königl. Postämtern 2 R. 10 S. incl.
Post-Aufschlag, in Köln bei dem Königl. Post-
Anstaltsamt für England 3 R. 15 S., für
Frankreich 4 R. 24 S., für Belgien 2 R. vier-
teljähr. In Warschau bei d. R. R. Postämtern
4 R. 33 Kop. In Rußland laut R. Posttaxe.

Ostsee = Zeitung

und Börsen-Nachrichten der Ostsee.

Stettin, 1866.
Montag, 5. Februar.

Insertions-Preis:

für den Raum einer Zeile 2 Sgr.

Inserate nehmen an:

in Berlin: A. Neumeier, Breitestr. Nr. 1.
in Hamburg-Altona: Haafenstein & Vogler.
in Stettin: die Expedition.
Geeignete Mittheilungen werden grat. aufgenom-
men und auf Verlangen angemessen honorirt.

Berlin, 4. Februar. Se. Maj. der König haben Allergnädigst
geruht: Dem Kaiserlich Russischen wirklichen Staatsrath Dr. von
Menard zu Moskau den Königlich Kronen-Orden dritter Classe, so-
wie dem pensionirten Thor-Controlleur Jachow zu Frankenstein, dem
Bergemeister Budde zu Traßelt, im Kreise Cleve, dem evangelischen
Kirchschullehrer, Cantor Robt zu Medenau, im Kreise Fischhausen,
und dem Kreisgerichtsboten und Executor Johann Gottfried Körn-
chen zu Frankfurt a. O., das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Deutschland.

Berlin, 4. Februar. Aus Wien, vom 3. Abends,
wird der „Spen. Ztg.“ telegraphirt: Es verlautet, daß die An-
wesenheit der Minister Mensdorff und Belcredi am
Kaiserlichen Hoflager in Pesth durch die Herzogthümer-
frage veranlaßt sei, über welche unter dem Vorsitz des Kaisers
ein engerer Ministerrath notwendig geworden. Die angebliche
Mißbilligung des Verhaltens des Statthalters v. Gablenz
wegen der Altonaer Massenversammlung durch das Wiener
Cabinet ist unbegründet, weil sie, in Anbetracht der Aus-
rüstung des Hrn. v. Gablenz mit unbestimmten Vollmachten,
unzulässig sei. Nichtsdestoweniger hat Graf Mensdorff dem
Baron v. Werther über die Massenversammlung sein Be-
dauern ausgesprochen.

Aus dem gestern im Abgeordnetenhaus eingebrachten
Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geld-
bedarf der Marineverwaltung, theilen wir Folgendes
mit:

§. 1. Zur Fortführung des Hafenbaues der Befesti-
gungen und der Garnisonarbeiten an der Jade, zur
Herstellung und Befestigung eines Marine-Etablissements an
der Kieler Bucht, sowie zur Anschaffung zweier Panzerkre-
gatten und schwerer gezogener Gussstahlgewichte sind die er-
forderlichen Geldmittel bis auf Höhe von 10 Millionen Thaler durch
eine verzinsliche Anleihe zu beschaffen, deren Ertrag nach Maßgabe
des Bedarfs im Laufe der nächsten 6 Jahre durch den Finanzminister
dem Marineminister zu überweisen ist. §. 2. Die Anleihe ist vom
Jahre 1872 ab jährlich mit mindestens 1 % zu tilgen. §. 3 über-
trägt die Verwaltung der Anleihe der Hauptverwaltung der Staats-
schulden, verweist auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 23. März
1854 und behält dem Staate das Recht der Aufkündigung höherer
Zinsbeträge vor. §. 4 überträgt dem Finanzminister und dem
Marineminister die Ausführung des Gesetzes.

Motivirt wird das Bedürfnis der Anleihe in folgender

Weise: 1) für das Marine-Etablissement in der Kieler Bucht,
das Etablissement selbst 3,800,000 R.
sämmliche Befestigungsanlagen 1,390,000 „
artilleristische Ausrüstung 660,000 „
Garnison-Einrichtungen 300,000 „
6,150,000 R.

2) Für den Jade-Hafen. Von der ursprünglichen An-
schlagssumme von 10,900,000 R. sind 5,835,000 R. bereits verwendet
so daß noch auszubringen 5,065,000 „
für Befestigung des Hafens und Garnison-
Einrichtungen 3,220,000 „
3) Für 2 Panzerkregatten sind nothwendig 3,200,000 „
aus dem Extraordinarium sind bereits entnommen 3,300,000 „
so daß noch erforderlich 2,670,000 „
für Artillerie, Munition 880,000 „

4) Zur Beschaffung schwerer gezogener Gussstahlgewichte 1 Million. Im Ganzen also erforderlich 18,885,000 R.,
welche nach dem aufgestellten Plan binnen 6 Jahren zur Verwendung
kommen sollen. In diesem Umfange reichen die laufenden Staats-
einnahmen für das Bedürfnis nicht aus, s. B. 1866 werden im
Extraordinarium der Marine-Verwaltung angesetzt: 1) zu Bauten an
der Jade 600,000 R., 2) Befestigung und Garnison-Anstalt 60,000 R.,
3) zu Panzerkregatten 500,000 R., im Ganzen 1,160,000 R. Ähnliche
Verhältnisse sind auch für die nachfolgenden Jahre zu erwarten,
daher die Anleihe nothwendig ist.

Der „Breslauer Zeitung“ wird unter dem 3. von
hier telegraphirt: Der Protest gegen den Anklage-Beschluß
des Ober-Tribunals ist nachträglich noch von 13
Mitgliedern der Polnischen Fraction, 5 Mitgliedern der
Fortschrittspartei und 5 des linken Centrums unterzeichnet wor-
den. Neun Mitglieder der Fortschrittspartei, incl. der Abge-
ordneten, haben ihn nicht unterzeichnet, darunter Leeden, Kirch-
mann und Ziegler. Kirchmann ist gegen den Protest, weil er
die Resolution für erfolglos hält, und die Aufforderung an die
Regierung zu einem Gesetzentwurf, enthaltend eine Declaration
des Artikels 84, eventuell die Einstellung der parlamentarischen
Thätigkeit vorschlägt; er wird aber, wenn er in der Minorität
bleibt, für den Protest stimmen. — Der vom Criminal-Senate
des Obertribunals mit dem Referate über den Anklagebeschluß
gegen Thewissen und Frenzel beauftragte Obertribunals-Rath
v. Sedendorf reichte den Beschluß zurück, da er sich außer
Stande fühle, die Motive aufzustellen.

Der „Köln. Ztg.“ wird von hier unter dem 3. geschrieben:
Die Nachricht, daß in Folge des Beschlusses des Ober-Tribunals
vom 29. v. M. der Untersuchung wider Thewissen und Frenzel
bereits Fortgang gegeben sei, beruht unzweifelhaft auf einem
Irrthume, denn es wird aufs bestimmteste versichert, daß der
fragliche Beschluß nicht nur noch nicht schriftlich festgestellt sei,
sondern daß selbst in der Majorität noch eine so große Uneinig-
keit hinsichtlich der Begründung des Beschlusses bestehe, daß die
Möglichkeit nicht ausgeschlossen bleibe, daß bei einer ferneren
Berathung über die Begründung ein entgegengesetzter Beschluß
zu Tage komme. (?)

Der „Volkszeitung“ wird aus Braunschweig mitgetheilt,
daß der dortige Obergerichtsadvocat Dr. Aronheim eine Auffor-
derung zur sofortigen Einberufung des Deutschen Juristen-
tages an die ständige Deputation desselben gerichtet habe, zur
Berathung „energischer gemeinsamer Schritte“ gegen den Be-
schluß des Ober-Tribunals.

5. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (3. Februar.)
Eröffnung 10 1/4 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Minister-
tisch der Finanzminister v. Bodelschwingh, der Kriegsminister v.
Roon, der Justizminister Graf zur Lippe. Später Minister v. Sel-
chow und der Ministerpräsident Graf v. Bismarck; außerdem zwei
Regierungs-Commissarien, Regierungsrathe Illing und Wenzel. —
Indem wir uns den Bericht über den Anfang der Sitzung vorbehal-
ten geben wir zunächst die Verhandlungen über den Virchow'schen
Antrag betreffend Lauenburg.

Es haben sich 6 Redner gegen den Antrag gemeldet, keiner
für den Antrag.

Abg. Reichenperger: Ohne Zweifel ist die Regierung
verpflichtet, auf Grund der Verfassung wegen der Erwerbung Lauen-
burgs dem Landtage eine Vorlage zu machen; aber man soll die Sache
nicht ungerath, sondern mit Vorsicht und Umsicht angehen. Der Aus-
druck „rechtsungültig“ in dem Antrage scheint mir dieser Vorsicht

nicht zu entsprechen. Man kann immerhin von der Anschauung aus-
gehen, daß die Regierung bona fide gehandelt hat und dann wohl
sagen, daß die Rechtsbeständigkeit ihres Schrittes der Zustimmung
des Landtages bedürfe. Aber ich habe auch materielle Bedenken gegen
den Antrag. Der oberste Satz des Völkerrechts geht dahin: Die
Vertretung des Staats ist ein wesentliches Attribut der Souveränität.
Dem Auslande gegenüber kann der Souverän nur soweit eine Rechts-
verbindlichkeit eingehen, als er durch die Verfassung dazu autorisirt
ist. Wenn nun Artikel 55 der Verfassung das Abkommen mit Lauen-
burg auch völkerrechtlich in Frage stellt, so muß hervorgehoben wer-
den, daß die Sache noch gar nicht zum Abschluß gekommen ist. Die
Krone will die Personal-Union, das Haus die Incorporation Lauen-
burgs. Keines von Beiden ist möglich ohne Zustimmung der drei
Factoren der Gesetzgebung. Lauenburg ist noch immer ein selbststän-
diger Staat, die dortige Landesvertretung will nur die Personal-
Union. Ferner ist die Vertretung Lauenburgs am Bunde nur in
Vereinigung mit Holstein denkbar. In Betracht dieser Umstände
steht folgendes Amende ment: „Die Vereinigung des Herzog-
thums Lauenburg mit der Krone Preußen bedarf zu ihrer vollstän-
digen Rechtsbeständigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtags.“

Dieser Antrag, der an die Stelle des vom Referenten ent-
worfenen tritt, wird von der katholischen Fraction, einigen Mit-
gliedern des linken Centrums, wie v. Bodum-Dolfs, und den Alt-
Liberalen unterstützt.

Abg. Waldeck (für den Antrag der Commission): Die Com-
mission hat ihre Auffassung an den Satz der Thronrede über Lauen-
burg angelehnt. Der betreffende Satz der Thronrede ist nicht richtig,
denn ein fremdes Land kann nur mit dem Staat, nie mit der Krone
vereinigt werden. Der Krieg, durch den Lauenburg erworben ist, ist
für den Staat geführt worden. Der König kann durch Erbschaft
wohl Besitzthümer, aber für keine Person nicht Länder erwerben.
Auch wenn wäre es sehr gefährlich, wenn Lauenburg als ein beson-
derer Staat unter dem Könige regiert würde, für die Verfassungs-
zustände des eigenen Landes. Ich meine daher, daß die wahre In-
corporation Lauenburgs in Preußen das Einzige ist, was geboten
erscheint, und jener vollkommen gegen das Staatsrecht anlaufende
Schritt, Lauenburg zu einer Privat-Domäne zu machen, nicht zulässig
ist. Da wir aber nichts Anderes wissen, als dies, so bleibt uns nur
übrig, den Schritt für rechtsungültig zu erklären; dieser Schritt ist
nur ein neuer Beweis der vollständig verkehrten Verhältnisse, unter
denen wir leben. Der theoretische Satz des Reichenperger'schen An-
trages genügt solchen Eventualitäten gegenüber nicht. Jene Art der
Vereinigung mit Lauenburg ist nach dem unklaren Satz der Thron-
rede vollständig rechtsungültig. Wenn es denkbar ist, daß die vor-
theilhafte Erwerbung Lauenburgs nicht geschieht, so fällt die Schuld
nicht auf uns, sondern auf diejenigen, welche dahin streben, nicht in
unser verfassungsmäßiges Leben einzutreten, sondern jenes Gebräu
herauszubringen, welches kein Staatsleher der älteren oder neueren
Schule anerkennen kann. Gegen diese Auffassung treten wir ein,
da die Erwerbung Lauenburgs für den Preussischen Staat auf recht-
lichem Wege nicht erfolgt ist, und wäre unser Einschreiten nicht durch
die Verfassung vorgeschrieben, so müßte es doch erfolgen. (Beifall.)

Graf Eulenburg: Ich habe mich vergeblich bemüht, die
Erwerbung Lauenburgs für Preußen als eine Art von Patrimonium
für die Krone anzusehen. Ich meine auch, es kann keinem Zweifel
unterliegen, daß das, was, mit Staatsmitteln, erworben ist, nur für
den Staat. Zwei Jahrhunderte hindurch ist es in Preußen auch nie an-
ders gewesen und diese Erwerbungen gehören zu den Großthaten un-
serer Fürsten. Daraus folgt aber nicht entfernt, daß Lauenburg als
eine Privatdomäne erworben worden ist, ich erachte die Sache noch
gar nicht so weit getrieben, daß die präjudicielle Frage aufgeworfen
werden kann, ob zu dieser Erwerbung die Zustimmung des Landes
erforderlich ist. Art. 55 der Verfassung findet nach meinem Ermessen
hier keine Anwendung, weil dieser Artikel nur auf fremde Reiche be-
zogen werden kann. Das Wort „fremd“ ist deuthingfügig, aber die
Deutung ist zu finden in der Entstehungsgeschichte des Artikels. So
weit also wäre die Zustimmung des Landtages nicht erforderlich. So
lange bis eine definitive Regelung der Verhältnisse nicht eingetreten
ist, kann die Landesvertretung nicht an die Frage herantreten, und
diese definitive Regelung ist abhängig von der definitiven Regelung
der Schleswig-Holsteinischen Frage.

Die Abg. Michaelis und Faucher beantragen folgendes Amen-
dement: „Die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Krone
Preußen bedarf der Zustimmung beider Häuser des Landtages.“

Ministerpräsident Graf v. Bismarck: Bei Lesung des Com-
missionsberichts habe ich mich zunächst gefragt, warum eigentlich die
Antragsteller denselben nicht schon im vorigen Jahre und mit Rück-
sicht auf den Wiener Friedensvertrag gestellt haben, der doch ganz
andere Lasten auf den Preussischen Staat legt, als der jetzige Er-
werb. Wenn es Ihnen gelänge, die Erwerbung Lauenburgs rück-
gängig zu machen, so würden Sie dadurch Preußen von seiner ein-
zigsten Last befreien. Die Pflicht, Lauenburg zu schützen, bliebe uns
als Bundespflicht ebenso obliegend, wie es vor diesen Arrangements
der Fall gewesen ist. Dagegen würden Sie, wenn der Wiener Ver-
trag in Frage gestellt worden wäre, in der That unsere Diplomatie
von erheblichen Verbindlichkeiten, unser Militär von erheblichen La-
sten befreien. Sie würden eine ernste und schwierige Frage einer
leichten Lösung entgegenstellen. Sobald Dänemark sich wieder im
Besitze des Preussischen Theils von den Herzogthümern befände,
würde es sich wohl ohne Schwierigkeiten mit Oesterreich verständigen,
und uns blieben ja noch die Forbrenen der Arme, vielleicht auch die
Kriegskosten, aber aller Lasten wären wir ledig. Ich will damit
nicht sagen, daß diese durch den Wiener Frieden bedingten Lasten
der Regierung die Verpflichtung auferlegt hätten, den damaligen
Vertrag zur Genehmigung vorzulegen. Ich bin der Ansicht, daß die
Lasten, deren Art. 48 der Verfassung gedenkt, nicht solche seien, die
vielleicht einmal mittelbar aus den durch einen Vertrag geschaffenen
Verhältnissen entstehen könnten, deren Uebernahme aber im concreten
Falle stets noch von der freien Entscheidung der Regierung abhän-
gen würde, sondern solche, welche durch einen Vertrag unmittelbar und
expressis verbis dem Preussischen Staate auferlegt würden. Solche
Lasten hat meines Erachtens der Art. 48 im Sinne in den Worten:
„muss dadurch“ — also durch den Vertrag — „dem Staate Lasten
auferlegt werden.“ Ich erkläre hiermit, daß dem Preussischen Staate
Lasten nicht auferlegt worden sind. Sollte die Regierung dem Staate
zumuthen, auf Grund dieses Vertrages Lasten zu übernehmen, etwa
die 2 Millionen zu zahlen, dann meine Herren, seien Sie versichert,
daß die Regierung es für ihre Pflicht halten wird, Ihnen in genauer
Uebereinstimmung mit Art. 48 der Verfassung einen solchen Vertrag
vorzulegen, bis dahin aber wird es sich praktisch nur darum handeln
können, ob der Vertrag für die Contrahenten, Se. Maj. den König
von Preußen und den Kaiser von Oesterreich, und für das Herzog-
thum Lauenburg in voller Rechtsgültigkeit besteht. Darüber ist bis-
her kein Zweifel, drei Factoren ein Zweifel beigegeben. Oesterreich
hat die Zahlung erhalten, wir sind im Besitze der Oesterreichischen
Quittung und das Herzogthum Lauenburg hat Sr. Maj. gehuldt
und wird im Namen des Königs regiert. Nehmen wir einmal an,
die Umstände hätten die Vorlegung des Gasteiner Vertrages vor sei-
ner Ausführung gestattet, Sie hätten die Uebernahme der zwei Mil-
lionen abgelehnt entweder pure, wie wir das bei beratenden Vorlagen
gewöhnlich sind (Heiterkeit), oder Sie hätten sie an unannehmbare Be-
dingungen geknüpft; in dieser Lage hätte sich Seine Maj. der König
entschlossen, lieber diese 2 Millionen aus eigenen Mitteln zu zahlen,
würde dadurch der Vertrag ungültig geworden sein? (Eine Stimme
links: Ja.) Ich glaube das keineswegs. Oesterreich gegenüber

ist der Preussische Staat gebüht, die Oesterreichische Regierung
hat weder ein factisches noch ein rechtliches Interesse, danach
zu fragen, wo Se. Maj. die Zahlungsmittel hergenommen hat. —
Bei dem zweiten Einwand, den Ihre Commission erhebt, und zwar
gegen die in Betreff Lauenburgs getroffenen Einrichtungen, behaupten
Sie mit Hinweis auf den Art. 55 der Verfassung, Lauenburg sei ein
fremdes Reich. Sie werden selbst fühlen, m. H., daß Sie sich mit
dieser Behauptung gegen den allgemöhnlichsten Gebrauch, gegen
Ihren eigenen Sprachgebrauch auflehnen müssen. Niemand von Ihnen
wird jemals von einem Lippe'schen oder Waldeck'schen Reich gesprochen
haben, gäläufig wird Jedem von uns der Ausdruck sein, Britisches,
Russisches, Französisches, sogar Auarisches und Türkisches Reich,
für wir haben hier eine bestimmte Anwendung des Ausdrucks. Es
ist dies ein sprachlicher Streit, und erlauben Sie mir daher eine
sprachliche Autorität anzuführen. Schlegel, der Uebersetzer Shakespeares,
gewiß ein genauer Kenner und vorsichtiger Benutzer der einzelnen
Worte, stellt in „Heinrich VI.“, ich glaube im 2. Act 1. Scene (Heiter-
keit) in dem Gespräch der beiden Brüder Edward und Richard die
Begriffe „Reich und Herzogthum“ als ganz entschiedene Gegenstände
einander gegenüber. (Wiederholte Heiterkeit.) Es ist nun die Frage
aufgeworfen, wie groß denn ein Staat sein müsse, um ein Reich
genannt zu werden. Das erinnert, meine Herren, wie schon in der
Commission angedeutet wurde, an gewisse scholastische Spitz-
findigkeiten, die sich an die Frage knüpfen, wie viel dazu
gehöre, um einen Haufen zu bilden, Spitzfindigkeiten, die älter sind
als die Scholastiker. Schon Cicero nannte den Standpunkt jener
alten philosophischen Schule, die sich mit diesem Haufenstich be-
schäftigte, einen lubricum et periculosum locum, und ich kann diese
Behauptung auch noch heute als zutreffend anerkennen. Durch solche
Spielerei wird zuletzt bewiesen, daß ein Greis ein Kind, ein Kind
ein Greis sei. — Ich will Ihnen noch eine ernsthaftere Autorität
anführen, die Deutsche Reichsverfassung. In diesem Acten-
stück ist von Anfang an der Unterschied zwischen Reich und Staat
prägnant durchgeführt, ohne daß man geglaubt hat, er bedürfe noch
einer besonderen Erklärung. Die Epoche, meine Herren, in welcher
der heutige Wortlaut des Art. 55 entstand, war die Zeit, wo überall
die lebendigste Deutsche Bewegung herrschte, wo ein gemeinsames
Deutsches Parlament in Frankfurt herrschte, wo alles in Deutsch-
land so wenig fremd erschien, daß Preussische Militärpflichtige ihre
Dienstpflicht auf der Deutschen Flotte absolvirten, und in dieser Zeit
wollten Sie behaupten, daß die Preussischen Gesetzgeber das Wort
„fremd“ als identisch mit „Deutsch“ behandelt hätten, das Wort
„Reich“ als identisch mit einem Völkchen, wie Lauenburg. Meine
Herren, einem andern Ministerium gegenüber würden Sie das selbst
nicht glauben. (Heiterkeit.) Noch jetzt in dem amtlichen Kirchengebete
wird für unser Deutsches Vaterland gebetet. Diesen Tatsa-
chen gegenüber können Sie mir ein Deutsches Land nicht als ein
fremdes hinstellen. Mit dieser Auslegung veründigen Sie sich an
der Deutschen Sprache, an unserer eignen Deutschen Nationalität und
die Regierung will sich der Mitschuld an dieser Sünde nicht theil-
haftig machen. (Bravo! und Heiterkeit.) M. H., Sie bestreiten Sr.
Majestät dem Könige auch den Besitz der sogenannten Preussischen
Hälfte der Rechte an Lauenburg, nachdem die Erwerbung der
Oesterreichischen Hälfte hinzugetreten, indem Sie behaupten,
sie gehöre nicht dem Könige, sondern dem Staate (sehr richtig, links).
Der Fehler dieser Behauptung liegt aber in der Annahme von Kö-
nigliche Rechte durchzuführen ist. Sie verweist uns in einem vollen
Land die Verfassung mit der Preussischen. Bei uns hat Se. Maj.
der König alle diejenigen Rechte der Krone, welche ihm nicht durch
den ausdrücklichen Inhalt der Verfassung genommen, oder durch ein
auf Grund dieser Verfassung zu Stande gekommenes Gesetz auf an-
dere Factoren übertragen worden sind. (Widerpruch links.) Zu die-
sen Rechten gehört zweifellos dasjenige, über Eroberungen der Kö-
niglichen Kriegsmacht zu verfügen (Unruhe und Widerspruch), von
diesem Rechte hat Se. Majestät der König in Betreff Lauenburgs Ge-
brauch gemacht. Die Art, wie dieses geschehen, hat Ihren Beifall
nicht, aber meine Herren, sollten wir denn die Bewohner jenes Lan-
des, die zuerst und freiwillig sich unserm Könige als Landesherrn er-
geben haben, vergessenen? Das kann Ihren Principien nicht ent-
sprechen, und wie wollen Sie aus der Lösung dieses Conflicts her-
auskommen, wenn Sie sich mit einer Rea l u n i o n einverstanden
erklären, und ich Ihnen versichere, daß die Lauenburger Landesver-
treter nicht nur, sondern sämtliche Lauenburger, die ich gesprochen,
ohne Ausnahme mit Sorge einer Incorporation mit Preußen entge-
gengebracht haben. (Allo!) Daher glaube ich, es ist billig, den
Lauenburgern in Betreff des „wie?“ einer solchen von Ihnen
gemeinsamen Verbindung freie Hand zu lassen. Vielleicht befinden sich
die Lauenburger noch einmal eines andern — vielleicht wenn einmal
in Preußen ein sehr gutes Ministerium am Ruder ist (sehr richtig, Hei-
terkeit) vielleicht werden sie dann dem Drange ihres Herzens nicht
widerstehen. — Was der Bericht der Commission über den Privat-
besitz Sr. Majestät des Königs in Lauenburg sagt, ist mir vollkommen
unverständlich geblieben. Se. Maj. der König ist nicht Privat-
besitzer, sondern voller Souverän und Landesherr dieses
Deutschen Herzogthums. Die Personal-Union bringt dem Preussischen
Staate nicht nur keine Nachteile, sondern mehr Vortheile, als ihm
die Februarbedingungen in Lauenburg gebracht haben würden. —
Wenn Ihnen aber, meine Herren, das System der Personal-Union
nicht gefällt, warum haben Sie dies nicht früher gesagt? Ich habe
im vorigen Jahre die dringende Frage, die Witten an Sie gerichtet,
außern Sie doch Ihre Ansichten über die Zukunft der Herzogthümer?
Ich habe Sie gefragt: sind Sie mit den Februarbedingungen einver-
standen, streben Sie nach Personal-Union? Ihre Antwort, meine
Herren, war ein Schweigen, welches ich kaum berecht nennen kann.
Nun, meine Herren, ich wiederhole dieselbe Frage heute und in diesem
Jahre an Sie. Noch ist es Zeit. Zwar nicht über Lauenburg, da ist
es zu spät (Heiterkeit), wohl aber in Betreff Schleswig-Holsteins.
So sprechen Sie doch im Namen des Volkes, welches Sie vertreten.
Was ist denn Ihre Ansicht über Schleswig-Holsteins Zukunft? In-
teressirt Sie diese Frage gar nicht? Sie interpelliren uns darüber,
Sie legen uns bei jeder Gelegenheit, bei jedem Schritte, den wir
thun, Schwierigkeiten in den Weg, aber Sie verheimlichen Ihre Mei-
nung darüber sorgfältig. Nun, m. H., wenn Sie auch in diesem
Jahre darüber schweigen, dann beklagen Sie sich nicht, wenn wir
nachher auf die von Ihnen verschwiegene Meinung keine Rücksicht neh-
men können. Im Drange der Ereignisse ist nicht immer Zeit, den
Landtag zu berufen und responsa prudentium einzuholen, und wenn
der große Kurfürst, auf den Sie sich berufen, bei dem Frieden von
Wehlau und sonst jedesmal vorher, ehe er die Klausel unterschrieb,
seine Stände hätte berufen wollen, dann weiß ich nicht, unter welcher
Herrschaft vielleicht heute die Provinz stände, von der unser Vaterland
den Namen trägt. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Frese (Minden): Es kann wohl keinem Zweifel
unterliegen, daß das Haus gern bereit sein würde, der kleinen Erwer-
bung Lauenburgs seine verfassungsmäßige Zustimmung zu geben,
männ ihm auf verfassungsmäßiger Grundlage von der Regierung ent-
gegengenommen wäre. Aber wir erfahren nur den lebenswichtigen
Schritt des Herrn Ministerpräsidenten, den wir schon von anderen
Gelegenheiten her kennen. Wir werden gefragt, was wir denn eigent-
lich denken über die endliche Gestaltung der Herzogthümerfrage!
Ich widersetze auch jetzt der Versuchung, auf die interna des Wiener
Friedens und der Gasteiner Convention, dieser beiden größten Atten-
tate der Neuzeit auf den Rechtszustand, einzugehen. Ebenso verla-
ge ich es mir, auf die Details des Herrn Ministerpräsidenten, der sogar
auf Cicero und Shakespeare zurückgegangen ist, zurückzukommen.

Ferner bemerke ich, daß der Herr Ministerpräsident es wohlweislich unterlassen hat, unter den Staaten, die Reich genannt werden, ein Preussisches Reich namhaft zu machen. Ich habe den Preussischen Staat auch noch nie so nennen hören und möchte Ihnen diesen Ausföhrungen gegenüber einen der berühmtesten Staatslehrer in Göttingen, Zacharias, citiren. Ich bemerke jedoch nur schießlich, daß, wenn Lauenburg als ein Deutscher Bundesstaat in dieser Frage zu betrachten ist, Christian von Dinemart auf dem Boden des Herzogthums auch nur Deutscher Bundesfürst war, und die ganze Frage unter den Standpunkt des Deutschen Bundesrechts fällt.

Minister-Präsident. Ich wollte mir nur erlauben, sofort einen Irrthum meines Herrn Vorredners zu berichtigen, der mich nicht genau angehört zu haben scheint. Ich habe nicht Schafepare, sondern Schlegel citirt, und es wäre mir in der That schwierig gewesen, Schlegel Englisch zu citiren, um aus seinem Texte einen Streit über die Bedeutung eines Wortes aus der Deutschen Sprache zu sichten. Ob der Herr Vorredner dieses Kunststück leisten kann, so geläufig ihm auch die Englische Sprache sein mag, muß ich ihm überlassen. Im Uebrigen, meine Herren, ist Neben halten nicht meine Beschäftigung und ich lasse Disteln und Dornen des Herrn Vorredners unbeantwortet.

Nach einem längeren Vortrage des Abg. Hübner gegen den Antrag erhält das Wort Abg. Gneist: Mag man über Volksvertretung denken, wie man will, besser oder schlimmer wie der Hr. Minister-Präsident, der Vorwurf wird sie nie treffen, daß sie sich gegen Gebiets- und Machterweiterungen erklärt habe; sie will aber nur diese Frage nach Gesetz und Verfassung erledigt sehen. Wenn man leugnen will, daß Lauenburg ein fremdes Reich ist, dann muß man erst vorher die Länder der 22 Deutschen Souveräne annectiren. Der Hr. Minister-Präsident wird doch nicht leugnen, daß Danen, das einen Reichsrath hat, ein Reich ist, ebenso Nassau und so fort, nur Lauenburg soll kein Reich sein, das paßt nicht in das System der Regierung. Hatte Jemand in den Jahren 1850 und 1851 den damaligen Kammer-Majoritäten von Personal-Union als Erfüllung der Deutschen Einheits-Forderungen gesprochen, ich glaube, es wäre ein Antrag auf Gemüths-Unterwerfung des Betreffenden gestellt. Ich begreife sehr wohl, daß die jetzige Regierung ein Interesse dabei hat, solche Verfassungstragen zu controverfieren zu machen. Je mehr Streitfragen derart im Hause die Juristen beschäftigen, desto besser. Ich will die sehr einfache Rechtsfrage nicht verfolgen, sondern nur die politische Seite. Erinnern wir uns, wie dieser Kriegeserwerb gemacht ist, wie dieser Krieg begonnen hat als eine Forderung der eigenen Ehre der Regierung, als eine Forderung des Landes und Deutschlands. Wie dieser Krieg geführt ist mit Staatsgeldern, die nicht ersetzt sind, mit der freudigen Hingebung und dem Mute des Volks, die Niemand erlegen kann. Wie man als Frucht des Krieges gemeint hat, daß die Vereinigung der Deutschen Nation einen principiellen Anstrich nehmen werde, — ein Anfang zu einem neuen Zustande, in welchem Deutschland nicht mehr auseinandergeripert, wie ein Domänenbesitz kleiner Fürsten daftände, sondern als ein starker Staatskörper in der ihm gebührenden Stellung. Sollen wir in einer solchen Lage der Krone rathen, ihre Eroberungen in Deutschland mit einem Schatullenerwerb für die Familie zu beginnen? Die conservative Phrase, die in solchen Fragen ihr Königthum von Gottes Gnaden stets im Munde führt, sollte vor einem solchen Rathschlage zurücktreten. Das Preussische Volk hat sich niemals getrennt von der Ehre, von den Interessen, von den Gefühlen seines Königshauses. In ihm lebt heute noch das Bewußtsein, daß es kein Preußen ohne Hohenzollern gebe und umgekehrt. Wer reißt und rüttelt an diesem Verhältnisse? Das Ministerium oder wir, die bisher sehr dynastische Opposition. Wenn ich eine Zeit denken könnte, wie einst ein Minister in Berlin nicht seinem Kurfürsten, sondern dem Hause Oesterreich dienen wollte, dann würde ich begreifen, wie man einen solchen Rath geben kann. Dann kann man den Kathischlag geben: wenn es sich um einen Wendepunkt der Nationalentwicklung, um den empfänglichsten Punkt des Nationalgefühls handelt; dann sprechen wir von Schatulle und persönlichem Erwerb, dann bieten wir der Nation statt des Anfangs zu einem neuen Deutschland, ein befestigtes Medienburg! Das würde ich begreifen, nicht aber, wie ein solches Verfahren ein kluges Expediens sein soll für eine kleine selbstgeschaffene Verlegenheit. Es handelt sich dabei wohl wieder um Verwechslung der Rollen im Ministerath. Die Diplomatie ist gewiß noch heute fähig, hübsche Erfolge zu erringen, so lange sie sich auf ihrem Boden d. h. unter ihres Gleichen betätigt, für die ihr der Sinn fehlt, am meisten der Rechtsinn, dann kommen Maßregeln zum Vorschein, die dem Wohl des Landes nicht dienen, in jedem Fall aber der Dynastie einen schlechten Dienst erweisen.

Ministerpräsident: Meine Herren! Sie wissen, ich habe schon vorher darauf hingedeutet, ich bin kein Redner — (Widerspruch von allen Seiten) ein Vorzug, den ich dem Herrn Vorredner bereitwillig einräume. Ich vermag nicht, mit Worten spielerisch auf Ihr Gefühl zu wirken, um damit Thatfachen zu verbunkeln. Meine Rede ist einfach und klar, und ich will mich darauf beschränken, zwei Momente, die mir aufgefallen, als unrichtig hervorzuheben. Der Hr. Vorredner hat gesagt, wir hätten diesen Krieg mit dem Aufwande des Blutes des Preussischen Volkes und seines Geldes geführt. Das bestritte ich nicht; aber nicht für Lauenburg, sondern für Schleswig-Holstein. (Unruhe.) Meine Herren! Ich appellire an Ihre eigenen Gefährungen, mit denen Sie die Regierung vor zwei Jahren festerlich beschworen haben: wir haben Preussisches Blut nicht eingesetzt um Gewinne, um Eroberungen, sondern für die Sache Deutschlands in Schleswig-Holstein, und diesen Krieg haben wir glorieich durchgeführt. Mit den Ursachen des Krieges war Lauenburg in keiner Verührung, als daß es zufälligerweise demselben Monarchen, wie Schleswig-Holstein gehörte. (Gelächter und Unruhe.) Wir haben nicht um Lauenburg Krieg geführt, und es ist Entstellung der Thatfachen, wenn es hier so dargelegt wird, als sei für Lauenburg das Blut des Preussischen Volkes geflossen. Das ist einfach unwahr. Im Uebrigen habe ich aus der Rede des Herrn Vorredners nichts entnehmen können, als daß er mit einem sehr scharfen und bitteren Accent, als wenn er das Härteste sagte, was gesagt werden könnte, der Regierung vorwarf, Se. Majestät der König habe aus Seiner Schatulle Geld gezahlt, um eine vertragmäßige Pflicht zu erledigen. Worin da das Vergehen liegt, inwiefern diese einfache Thatfache den Herrn Redner berechtigt, in einem Tone zu sprechen und Aeußerungen zu thun, als wenn er über ganz unglaubliche, unerhörte Dinge spräche, meine Herren, das verstehe ich wirklich nicht. Es gehört eine außerordentliche Günst dazu, deren der Herr Vorredner sich in dieser Versammlung erfreut, daß Sie diesen gar nicht zur Sache gehörigen Bemerkungen Ihren Beifall schenken. Es fragt sich hier nur, ist die Regierung nach den Art. 55. und 48. der Verfassung verpflichtet, Ihnen diesen Vertrag vorzulegen. Diese Verpflichtung hat der Herr Redner meines Erachtens nicht nachgewiesen. Er hat gespöttelt über Schatullezahlungen, über kleine Fürsten; er hat gesagt, wir wären am Wendepunkt der Deutschen Sache. Wie weit wir damit sind, weiß ich besser als der Herr Vorredner (Heiterkeit), aber was die Schatullezahlung damit zu thun hat, ist mir vollständig unklar. Der Herr Vorredner hat gesagt, es hätte im Interesse der Regierung gelegen, die Vorlage zu machen. Ja, meine Herren! wenn wir gewärtigen könnten, daß, falls wir Ihnen eine Vorlage machen, Sie sie mit besonnener Würdigung der Interessen des Landes, ohne Nebenrücksichten beurtheilen und erwägen, mit anderen Worten, wenn wir mit Ihnen eine glücklichere Ehe in diesen drei Jahren geführt hätten, dann würden wir Ihnen auch diese Vorlage wahrscheinlich gemacht haben — (Ala! links) ohne dazu verpflichtet zu sein — (Heiterkeit), aber wir würden dann auch unsererseits diejenigen Rücksichten genommen haben, die wir bei Ihnen vermiffen. Wenn Sie jede Vorlage nur dazu benutzen, um neue Elemente zu einer Scheidungsklage dieser Ehe zu suchen, warum sollen wir Ihnen Dinge vorlegen, zu deren Vorlegung wir nach dem Buchstaben der Verfassung nicht verpflichtet sind? Zu dieser sind wir nicht verpflichtet, und deshalb machen wir sie nicht. Gefälligkeiten haben Sie von uns nicht zu erwarten — und wir auch von Ihnen nicht: also wie können Sie verlangen, daß wir über unsere stricte Verpflichtung hinausgehen? wozu der Lärm? möchte ich fragen. Wenn wir von Ihnen eine unparteiische, nur das Interesse des Landes erwägende Würdigung zu erwarten hätten, so würde ich auch kein Bedenken gehabt haben, die Sache in den Commissionen zu vertreten. Was hilft es aber, daß ich in die Commissionen komme? Ich habe kein anderes Resultat davon, als daß nachher auf der Tribüne hier jeder Satz damit anfängt: der Herr Ministerpräsident hat

gesagt — und dann kommt Etwas, was ich nicht immer glaube gesagt zu haben, oder wenigstens ist es so aus dem Zusammenhange geriffen und entstellt, daß stundenlange Neben dazu nöthig wären, wenn ich Alles durchgehen und berichtigen wollte, und dazu, meine Herren, ist mir meine Zeit und meine Lunge zu lieb (Bravo rechts).

Dr. Birchow (als Antragsteller): Der Hr. Ministerpräsident hat nicht das Recht, persönliche Fragen an das Haus zu richten, wie es über die Gestaltung der Herzogthümer denkt und sofort. Ich für mein Theil wäre bereit, auf der Stelle für mich und meine Freunde zu sagen, was wir wollen, und ich getraue mir die Anschauung des Hauses in seiner überwiegenden Mehrheit so zu bezeichnen, daß es Gegner der Politik der Eroberung für die Selbstbestimmung der Deutschen Staaten in Bezug auf ihre Stellung zum gemeinsamen Deutschen Vaterlande ist. Was die vorliegende Frage betrifft, so mache ich auf den Widerspruch aufmerksam zwischen den Erklärungen der Regierung in Bezug auf Lauenburg und dem freilich nicht contrasignirten Schreiben Sr. Maj. des Königs an den Berliner Magistrat vom 6. Januar. In diesem Schreiben erwähnt der König mit Befriedigung, daß es ihm bechieden sei, im Laufe des letzten Jahres die Grenzen des Vaterlandes zu erweitern. Das Vorgehen der Staats-Regierung scheint aber dazu bestimmt, eine neue Aera der Preussischen Politik zu inauguriren, wo im Sinne des Junfermanns geschieht, was der Große Kurfürst für den Staat that. Den Ausdruck „Krone“ kennt die Verfassung nicht, es wird durch ihn der absolute König eingeschoben. Welches Interesse hat Preußen, durch Schonung kleiner Eigenthümlichkeiten im Wege der Personal-Union das Junferthum in Lauenburg zu conserviren? Wenn man Jemand außerhalb Preußen fragt: willst du Preußisch werden, so antwortet er, ich will dem Herrn Ministerpräsidenten keine Kränkung anthun (Heiterkeit): Preussisch wohl, aber nicht Bismarckisch!

Minister-Präsident: Der Herr Vorredner hat darauf aufmerksam gemacht, daß man Unrecht thäte, Stimmen einzelner Redner für die des Hauses zu nehmen, ebenso die einzelnen Minister für die der Regierung. Aus dem Bedürfnis dieses hervorzuheben, er giebt sich schon, wie häufig es der Fall ist, daß es geschieht, und eben weil die Stimme eines einzelnen Redners für die des Hauses und die des Hauses für die des Landes mit Einschluß der Regierung genommen wird, halte ich es für nöthig, eine abweichende Ansicht der Regierung in dieser Beziehung zu constatiren. Der Herr Vorredner war der Ansicht, es sei — ich weiß nicht, ob für die Preussische Krone oder für das Land Preußen — nicht möglich, mit Schleswig-Holstein in eine Personal-Union zu treten. Ich constatire nur, daß die Regierung diese Auffassung in diesem Jahre so wenig, wie im vorigen theilt. Die R. Regierung ist vielmehr der Meinung, daß die Personal-Union nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern auch für Preußens Krone oder Land möglich sein würde, als die Februarbedingungen.

Referent Twesent: Die Commission konnte ihre Resolution nicht gegen eine bestimmte ausgesprochene Auffassung der Regierung fassen, sondern konnte nur von Voraussetzungen ausgehen. Nach den heutigen Auslassungen des Herrn Ministerpräsidenten sind aber diese Voraussetzungen ganz richtig gewesen. Der Hr. Ministerpräsident bestritt nicht, daß zur Einverleibung die Genehmigung des Landtages erforderlich ist, sondern bestritt nur die Anwendung der Art. 55 und 48 der Verfassung auf den vorliegenden Fall. — Wenn die Krone ein Land erobert hat, so wird die Regierung allerdings die vorläufige Verwaltung einzurichten haben; hier handelt es sich aber um die definitive Feststellung des Verhältnisses der Länder zu Preußen. Der abnorme Fall, den der Hr. Ministerpräsident befürchtet, daß ein völlerrechtlich erworbenes Land auf diese Weise in der Luft schweben könne, kann hier nicht eintreten, da die Commission ungewissheit vorausgesetzt und deutlich ausgesprochen hat, daß zur Incorporation die Genehmigung des Hauses erfolgen würde. Der Herr Abg. Graf Eulenburg meint, es sei der Regierung noch nicht möglich, eine Vorlage zu machen, da die Frage noch nicht definitiv entschieden sei. Nun gut, so möge die Regierung dies doch erklären. Wir verlangen hier nicht eine Gefälligkeit, sondern ein uns ungewissheit aufhebendes Recht (sehr richtig); es muß uns eine Vorlage gemacht werden, sobald die Verhältnisse definitiv geregelt werden sollen. Bei dem Fürstenthum Hohenzollern lag die Sache in dieser Beziehung ganz gleich; und die Regierung suchte sich damals veranlaßt, dem Landtage eine Vorlage zu machen. — Was nun die Frage der Personal-Union betrifft, so ist die Personal-Union, wenn es zwei Schwadronen Preussischer Dragoner in Lauenburg stationiren muß. (Schri, hört!) Wir dürfen es aber nicht zugeben, daß um eines Besitzes der Krone halber die Lasten des Preussischen Volkes und Staates noch erhöht werden. Es ist eine allgemeine diplomatische Ansicht, daß die Ergebnisse des Gasteiner Vertrages nur provisorisch sind; und wir dürfen deshalb, trotz der Versicherungen des Ministeriums, nicht Mittel hineinstücken, ehe die Verhältnisse nicht definitiv geregelt sind; denn auf ein Versprechen der Staats-Regierung können wir uns doch wohl nicht verlassen. (Ruf: Sehr wahr!) Der Herr Ministerpräsident hält die Personal-Union für besser, als ein Eingehen auf die Februar-Forderungen; dem gegenüber muß ich constatiren, daß es in Preußen selbst Viele giebt, die die selbstständige Form der Herzogthümer der Personal-Union vorziehen würden. Der Herr Minister-Präsident meint nun zwar, daß die Personal-Union ja nicht für immer aufrecht erhalten zu werden brauche, sondern der Real-Union später Platz machen könne, so möchte ich nur auf die Schwierigkeit einer solchen Lösung aufmerksam machen. Das Besitz-Ergreifungs-Patent spricht es ja auch deutlich aus, daß es sich um eine definitive Erwerbung handelt, und deshalb muß die Genehmigung des Landtages eingeholt werden. Der Herr Minister-Präsident hat ferner gesagt, Lauenburg sei ja nicht das Object des Krieges gewesen, für Lauenburg sei kein Preussisches Blut geflossen. Das Object des Krieges ist heutzutage selber die Erwerbung eines Landes; Kriege werden aus sehr verschiedenen Gründen unternommen, und die Abtretung eines Landes ist erst die Folge des Krieges; so ist es auch hier gewesen. Der Herr Ministerpräsident wird doch wahrlich daraus nicht debuciren wollen, daß wir nur über Schleswig-Holstein, aber nicht über Lauenburg mitzuspochen hätten. Wir erkennen nicht an, daß die Regierung das Recht hat, den alten Absolutismus emzurichten, wo sie in Zweifel über die Interpretation der Verfassung sein will. Wir erkennen kein anderes Recht an, als das in der Verfassung vorgeschriebene, und diese darf nicht ausgelegt werden nach ebemaligen Zuständen, die mit der Verfassung in Widerspruch stehen (Beifall links; sehr wahr!). Auch die Voraussetzung der Commission, daß die Regierung, um unser Mißsprechen auszuweichen, diese Form gewählt, hat sich nach den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten bestätigt. Man hat sich einen kleinen Pfiff erlaubt, um dem Landtage das Recht der Genehmigung unter den Füßen wegzunehmen. Der Artikel der Verfassung, wonach zur Incorporation die Genehmigung des Landtages erforderlich ist, ließ sich nicht anders deuten; da wählte man die Personalunion, da man glaubte, den Artikel 85 deuten zu können. Es kann wohl vorkommen, daß in der auswärtigen Politik verschiedene Parteien einer Meinung sind; es ist aber die erste Bedingung, daß nicht von einer Partei eine Tendenzpolitik getrieben werde, die die auswärtigen Verhältnisse nur zum Object nimmt, um den inneren Conflict zu vergrößern. — Ich bin der Ansicht, daß eine Personal-Union nun und nimmermehr zum Guten führen kann. Ich bitte Sie, sich das Beispiel von Oesterreich und Ungarn ins Gedächtnis zu rufen, wo wir einen Staat dadurch vollständig lahm gelegt sehen. Eine Personalunion würde auch Preußen nicht stärken, sondern nur schwächen. Wir können nicht anerkennen das Privilegium der Staatsregierung, in auswärtigen Angelegenheiten ganz allein zu entscheiden, sondern wir unsererseits müssen auch hier das Interesse des Landes wahren, daß ein Preussisches Abgeordnetenhaus nie für eine Personal-Union stimmen können. Die Staatsregierung will auch hier eine vollendete Thatfache schaffen, wie durch ihre Verordnungen im Inlande. Dagegen müssen wir Protest erheben.

Minister-Präsident: Der Herr Vorredner hat mir einen Vorwurf gemacht, von dem ich glaube, daß er selbst aus seinem früheren persönlichen Verleß mit mir wissen wird, daß er ein ungerechter sei. Er hat die Vermuthung ausgesprochen, daß ich in meinem politischen Verhalten die äußere Politik nur als Mittel für die innere und für die Förderung des Kampfes der Regierung gegen parlamentarische Ansprüche benutzte. Ich muß diesen Vorwurf als einen vollständig unbedienten und ungerechtfertigten zurückweisen. Mir sind die auswärtigen Dinge an sich Zweck, und stehen mir höher als die übrigen. Und Sie, meine Herren, sollten auch so denken, denn Sie könnten ja, was Sie im Innern etwa an Terrain ver-

lieren möchten, unter einem etwaigen liberalen Ministerium, was vielleicht auch nicht ausbleiben wird, sehr rasch wiedergewinnen (Heiterkeit). Es ist dies keine Einbuße auf ewig. In der auswärtigen Politik aber giebt es Momente, die nicht wiederkommen. Ich wollte noch hinzufügen, daß der Herr Vorredner mich nicht verstanden hat, wenn er glaubt, ich hätte gesagt, mir fehle es an der Zeit, um die Commissions-Sitzungen zu besuchen. Das war nicht meine Absicht, auszuweichen. Ich habe nur gegen den Mißbrauch gekämpft, der meines Erachtens mit dem, was ich sonst in den Commissionen geäußert habe, hier getrieben worden ist. Ich habe gesagt, zu einer Widerlegung und Berichtigung alles dessen, was mir dann in den Mund gelegt worden ist, fehle es mir an Zeit und Kraft. Dann möchte ich noch eine Bemerkung hinzufügen, die nicht ganz eine persönliche Angelegenheit, aber doch eine factische Berichtigung betrifft. Der Herr Vorredner hat gemeint, daß durch den Post-Vertrag, den ich als Minister von Lauenburg mit der Preussischen Regierung geschlossen habe (große Heiterkeit), daß dadurch Preußen eine Last auferlegt sei. Ich möchte den Herrn Vorredner bitten, wenn er diesen Postvertrag wirklich für eine Last Preußens hält, sich an Se. D. den Fürsten von Taxis zu wenden mit der Frage: ob die Ausübung des Postregals wirklich eine Last sei für den, der es besitzt. Eben so wenig kann ich die Einquartierung als eine solche für den Quartiernehmer ansehen. Dann muß ich doch, wenn ich auch die Grenzen der persönlichen Bemerkung einigermaßen ausdehne, eine Ansicht noch rectificiren, die der Herr Vorredner über die Dauer der Personal-Union ausgesprochen, weil ich wünsche, über die politisch wichtigen Gegenstände keinen Zweifel zuzulassen. Die Regierung glaubt, daß eine Personal-Union, wie die vorliegende, so lange zu dauern habe, bis ein beiderseitiges Einverständnis vorhanden ist, sie in eine Real-Union zu verwandeln, und daß es nicht möglich sei, das Beispiel hinzustellen, ein Deutsches Land habe Preußen nur einen Finger zu reichen, um gegen seinen Willen aller seiner Eigenthümlichkeiten entkleidet und bis auf die Haut Preussisch uniformirt zu werden.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Grafen Eulenburg gegen Zweiten wird die Debatte geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Der Antrag der Abgg. Faucher und Michaelis wird gegen etwa 20 Stimmen abgelehnt, dafür u. A.: Faucher, Michaelis, Prince-Smith, einige Mitglieder der katholischen Fraktion, einzelne aus dem linken Centrum, so wie einzelne Alliberale; ebenso wird der Antrag des Abg. Reichensperger abgelehnt; dafür stimmten nur die Katholiken. Der Commissionsantrag wird bei Namensaufruf mit 231 gegen 44 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmten die Conservativen, ferner die clericalen Abgg. Albers, Aulsen, Mader, Osterreich, Reichensperger, Dr. Schulz (Borken); außerdem Dr. Faucher, v. Gablenz, Michaelis und Prince-Smith. Mit Ja stimmten u. A. Gr. Schwerin-Puzar, Simson und v. Sauter-Julienfelde.

Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag. Zeit und Tagesordnung behält sich der Präsident zu bestimmen vor. **Elbing, 3. Februar.** Die Bestätigung der Stadtrathe Kämmerer Krause, Janzon, Baehring ist eingetroffen, dagegen die des Oberbürgermeisters Burscher noch nicht.

Oesterreich. **Wien, 3. Februar, Nachm.** Die „General-Correspondenz“ meldet, die Fregatte Schwarzenberg und die Corvette Friedrich werden Ende April unter dem Commando des Contre-Admiral Tegethof absegeln, um mit China, Siam und Japan Handels- und Schiffsfahrtsverträge abzuschließen. Dem Abschluß der Verträge würde die Einsetzung von Consulaten unmittelbar folgen. Auf der Rückreise werde Tegethof Chile, Peru und die Laplata-Staaten besuchen. (W. T. B.)

Frankreich. **Paris, 1. Februar.** Die „Revue Contemporaine“, die bekante officiële Monatschrift, behauptet, daß die inneren Zustände in Frankreich nicht bleiben können, wie sie sind. Die liberalen Concessionen von 1860 seien nicht genügend und hätten eine Lage geschaffen, die nicht andauern könne. Entweder müsse man weiter vorgehen, oder auf das Regime von 1852 wieder vollständig zurückkommen. Die „Revue Contemporaine“ ruft die Gedanken weiter aus, indem sie eine Art von Verantwortlichkeit der Minister verlangt. Auf wessen Eingebung die „Revue“ heute spricht, ist schwer herauszufinden. Noch merkwürdiger ist ihre Sprache aber, in so fern sie Mexiko betrifft; sie tritt hier so offen auf, und sagt so ganz ungenirt die Dinge, wie sie sind, daß man kaum glaubt, ein in Frankreich erscheinendes Blatt zu lesen. Nach einer Darstellung der ganzen Mexikanisch-Amerikanisch-Französischen Frage, legt sie hinzu: „So steht es mit dem gefährlichen Conflict, welchen die Amerikanische Frage hervorgerufen hat. Wir wagen nicht zu behaupten, daß diese Lage je von der Französischen Regierung vorausgesehen worden ist, und daß die Maßregeln combinirt wurden, um die Gefahr derselben zu beschwören. Als die Mexikanische Expedition unternommen wurde, befand sich die große Amerikanische Republik im Bürgerkriege, der, so konnte man hoffen, einen ganz anderen Ausgang haben werde, als er in der That hatte, und nach unserer Idee war der Triumph des Südens zur Verwirklichung unserer Projecte in Mexiko unumgänglich notwendig. Wir erstaunten damals, daß Frankreich, das seine Verantwortlichkeit, große Geldsummen und die Ehre seiner Fahne für den Erfolg der Mexikanischen Expedition eingesetzt hatte, sich nicht mehr beeilte, die in Richmond constituirte Regierung anzuerkennen. Es war vielleicht ein Fehler; heut handelt es sich darum, ihn wieder gut zu machen. Man muß die Lage der Dinge nehmen, wie sie ist, wir müssen uns aus derselben herausziehen, so gut es geht, ohne jedoch unnütz Gefahr zu laufen oder vor nothwendigen Gefahren zurückzureden. Eins steht heute fest: die Räumung Mexiko's wird von der Französischen Regierung, von Amerika und von der Französischen Nation gewünscht. Es wäre wirklich ein Unglück, wenn es unter diesen Umständen nicht möglich sein sollte, sich über die Mittel zu einigen, und böser Wille seitens einer der Parteien eine unheilvolle Entwicklung herbeiführen würde.“ Der „Revue“ zufolge hat übrigens die Französische Regierung, indem sie das Nichtinterventions-Princip aufgestellt, den Weg zu einer Schlichtung des Streites angebahnt. „Wenn“, meint die „Revue“ weiter, „die Washingtoner Regierung aber dann noch den unangenehmen Ton, der ihre Depefchen kennzeichnet, beibehalte, wenn man verzweifeln muß, sich mit dieser hochmüthigen Republik zu verständigen, so wird es Niemanden mehr in Frankreich geben, welcher die Räumung Mexiko's verlangt. Suarez wird dann keine Abvocaten mehr in Frankreich haben, Frankreich wird dann zeigen, was es ist, und Amerika es sich zwei Mal überlegen und sich daran erinnern, daß Washington es vor dem Kriege mit seinen Nachbarn und besonders vor einem Kriege mit Europa gewarnt hat.“ Der Schluß der Stelle aus dem Artikel der „Revue“ klingt schon etwas officiöser; auch behauptet sie, daß, wenn der Kaiser seine volle Initiative gehabt, der Mexikanische Fehler nicht begangen worden wäre. Dieses verhiert aber doch nicht, daß die Sprache des genannten Blattes so merkwürdig ist, daß jedes andere Blatt dafür verwirrt werden würde.

Das Gerücht, als habe die Königin Victoria einen Dankbrief an den Papst geschrieben, aus Anlaß seiner Ermahnungen an den katholischen Clerus Irlands, sich der fensischen Bewegung fern zu halten, ist unbegründet. Weder das Eine noch das Andere hat stattgefunden.

Aussuchen macht ein Proceß, der die Scandale einer gewissen Finanzwelt enthüllen wird. Die Compagnie der Italienischen Eisenbahnen der Simplon-Linie war in Concurs gerathen und die Administratoren hatten, um jede Art von Einmischung Seitens der Französischen Interessenten zu vermeiden, diesen Concurs in Genf eröffnen lassen. Eine Gruppe Fran-

effectiv 58 fl., primo Mai 54-54 1/2-54 1/4 fl., Sept., Oct., Nov. und Dec. 43 1/2-44 fl.

Leinöl effectiv und auf Lieferung etwas niedriger, auf 6 Wochen 41 fl., effectiv 39 3/4 fl., primo März, April und Mai 40 1/2-41 fl., primo Sept., Oct., Nov. und Dec. 41 fl.

Notterdam, 1. Februar. Caffee. Nachstehend die durch die Matler veröffentlichte Beschreibung und Taxe der am 14. d. durch die Nied. Maatschappij in Amsterdam in Auction angefordigten 77,500 Bl. Java und 8400 Bl. Padang:

Nr.	Bl.	Beschreibung.	Taxe.
1	1719	Java, bunt, blank, etw. gelbl. einz. BS.	46 a-
12	3219	" bunt, etw. bunt, einz. BS.	45 1/2 a-
13	1865	" bunt, blank, etw. gelbl. do.	46 a46 1/2
16	2243	" blaß, etw. grünl., einz. bech. etw. trocken	43 1/2 a44
26	2256	" grau, grünl., Demerary-Art, einz. weiß	47 1/2 a48
27	2180	" blaß, grau, grünl., Demerary-Art	47 1/2 a48
32	1417	" blaß, grünl., gelbl., Demerary-Art, ziemlich grob	48 1/2 a-
34	619	" bunt, blank, etw. gelbl. BS.	45 1/2 a46
35	1039	" bunt, blank, etw. gelbl. bechlagen BS.	44 1/2 a-
36	668	" bunt, blank, bech. BS.	44 a-
37	3794	Padang, blank, gelbl., etw. bunt, einz. bech.	46 a-
38	5335	" blank, etw. bunt, einz. bech.	45 a45 1/2

In Rotterdam lagernd:

1	975	Java, bunt, blank, etw. gelbl.	45 1/2 a-
7	1158	" blaß, blank, Sav.-A., etw. hart	44 a-
11	1963	" blaß, etw. grünl. BS.	44 1/2 a-
12	1007	" bunt, blaß, graulich	44 a-
14	5740	" blaß, blank, etw. bunt, mit Besch.	44 1/2 a45
19	5755	" blank, etw. bunt	45 a-
21	1037	" bunt, blaß, etw. grau., einz. BS.	44 1/2 a-
29	2342	" blank, etw. blaß, Preanger-Art	45 1/2 a-
30	1225	" blank, gelbl., Preanger-Art	46 1/2 a47
31	1363	" blaß, grünl., Westind. Art	44 1/2 a-

In Middelburg lagernd:

1	963	" blaß, etw. grünl., etw. Westind. Art	45 1/2 a-
2	52	" blaß, etw. grünl.	44 1/2 a-
3	1126	" blank, etw. bunt, Sav.-Art, kleinbohnig	44 1/2 a41 1/2
4	928	" blank, etw. bunt, do.	44 a44 1/2
5	104	" blank, etw. bunt, Sav.-Art, sehr klein	44 a-
6	1773	" gut blank, etw. bunt	45 1/2 a45
8	40	" Triage blank mit dürr schwarz	38 a-
9	1309	" blaß etwas grünlich	44 1/2 a-
11	594	" blaß, etw. grau, grünlich, hart	43 a43 1/2
14	2881	" blaß, etw. bunt	44 1/2 a-
17	1420	" blank, etw. bunt, Preanger-Art	46 a-

In Dordrecht lagernd:

1	4581	" bunt, blaß, grünl., etw. Rudo-Art	44 1/2 a-
2	1565	" gut grün, Speck-Art, mit weiß, etwas jauer	46 a46 1/2

In Schiedam lagernd:

1	4207	" ord. blaß grünlich	43 1/2 a44
2	808	" Triage trocken, schwarz, geil u. roth	15 a-

Antwerpen, 2. Februar. Die Preussische Bark **Stornbird**, seit von Carthage auf dem Ravier angelangt, ist bei Bath gestrandet. Der Schleppdampfer „Turt“ ging zur Affizienz dorthin, fand das Schiff aber bereits halb unter Wasser, so daß er nur einige Inventarstücke und einige Tons von der Ladung, welche in einen kleinen Leichter übergeladen waren, retten konnte. Das Schiff wird vermuthlich verloren sein. Heute ist der Schleppdampfer mit Hilfsmannschaften wieder nach dem Strandungsplatz abgegangen, um das Inventar zu retten, wenn es möglich ist.

Antwerpen, 2. Februar. Getreide. Die flauen Berichte von den fremden Plätzen drücken auf unsern Markt, so daß Umsätze sehr gering waren. Roggen und Weizen etwas billiger. Gerste und Hafer behauptet. Weizen, rother neuer inländischer 10 3/4 - 10 1/2 fl., alter 11 1/4 fl. für 70 No. Roggen, inländischer 6 3/4 - 6 1/2 fl., für März 6 3/4 fl. für 70 No.

Leinsamen wenig lebhaft, Preise schwach behauptet. Rappes ohne Angebot. Rüben unverändert behauptet, Doffa 46 - 46 1/2 Frs. für 100 No. Rigaer Sae-Leinsamen 65 - 72 Frs. für 100 No. Leinöl und Rübol wenig getragt und wieder billiger. Leinöl 65 1/4 - 1/2 fl. für 127 No. Rübol 87 - 87 1/2 für 125 No.

Lissabon, 26. Januar. Baumöl steigend, für Febr. Frs. 130 für 100 No. f. a. B. gefordert. Mandeln, süße mehr gefragt und theurer, bis Frs. 200 ist geboten.

Walesfield, 2. Februar. Im Weizenhandel war es flau und Preise für alte und neue Waare eher niedriger. Gerste 1s theurer.

London, 2. Februar. (Herren Begbie, Young & Begbie.) Von allen Engländern und fremden Getreidearten haben wir in dieser Woche wieder mäßige Zufuhren erhalten. Das Geschäft in Weizen war heute flau, und da der Markt von Käufern nur beschränkt be- sucht war, so konnten Verkäufe von Weizen zu letzten Montagsraten nur mit Mühe gemacht werden, da aber Verkäufe sehr wenig forciert wurden, so konnten letzte Preise im Allgemeinen in den beschränkten Umsätzen, die in Engländern und fremdem Weizen stattfanden, be- halten werden. Fremdes Mehl war ganz vernachlässigt, und Preise müssen daher nominell wie früher genannt werden. Alle Sorten Gerste waren flau zu letzten Montagsraten. Hafer wurde fest auf letzte Preise gehalten, zu denen ein mäßiges Geschäft stattfand. In Bohnen und Erbsen fanden dergleichen gar keine Umsätze statt, so daß keine Veränderung im Werth dieser Artikel notirt werden kann. Während dieser Woche ist das Geschäft in schwimmenden Weizenladungen schleppend gewesen, und Inhaber haben es deshalb nöthig gefunden, niedrigere Preise zu nehmen, um Verkäufe zu machen. Wir notiren Verdisant Weizen zu 43s 6d, feinen Doffa Ghirka zu 42s 6d, und gewöhnlichen zu 40 a 41s für 492 a inclusive Fracht und Assuranz. Mais bleibt nur beschränkt gefragt, und bis gegen Schluß des Mark- tes waren keine Verkäufe bekannt geworden. Gerste muß 6d für Cr. billiger genannt werden.

Dundee, 31. Januar. Nachs still bei beschränktem Geschäft. Preise sind aber voll behauptet. Werg wenig beachtet.

Frachtkurser.

St. Thomas, 14. Januar. Seit Ankunft der letzten Post zeigte sich eine recht lebhaftige Frage nach kleinen für Caffee-Ladungen passenden Schiffen, und wurden alle disponiblen zu 2s 6d a 5s er- höhter Rate placirt, so daß wir demzufolge heute von Santi nach dem Canal 3 £ a 3 £ 2s 6d und von Portorico 3 £ notiren. Französische Flagge fand nur ein Abichluß für Caffee von Santi nach Marseille zu 75 Frs. und einer für Blauholz nach Havre zu 55 Frs. statt. Da Zucker-Versicherungen noch nicht ihren Umfang genommen haben, so sind größere Schiffe bis jetzt wenig gefragt. Man offerirt von Jamaica nach England 35s Netto, und von Santi 45s für Blauholz nach dem Canal, doch nur für Jamaica fand eine Ver- frachtung zu obiger Rate statt. Um Mahagoniholz zu laden, zeigt sich wenig Frage, und wurde nur ein kleines Fahrzeug von der Nordküste St. Domingos nach England zu 3 £ 5s placirt. Es unterliegt kei- nem Zweifel, daß Mitte nächsten Monats eine größere Frage für mittlere und größere Schiffe stattfinden wird, und auch für solche hö- here Raten sich einstellen werden.

ee- und Stromberichte.

Wolgast, 4. Februar. (Herrn Gillischewski.) Bei starkem Westwinde gerieth gestern auf dem Freesenborfer Haken unweit Peenemünde das Holländische Ruffschiff **Jantje**, 3. Zuidland, von Kiel mit Harz nach Stettin bestimmt, auf Grund, wurde indeß durch Hülfe vom Lande ohne Schaden ab- und bei Peenemünder Schanze auf flottes Wasser gebracht.

Wolgast, 4. Februar. (Herrn Scherping & Buk.) Die Holländische Jacht **Jantje**, Capt. Zuidland, von Kiel mit einer Ladung Harz, passirte heute hier nach Stettin.

Moskoo, 2. Februar. 3. F. Herdumann, Wener, lag am 29. Januar contrairer Gelegenheit wegen noch wohlbehalten in Barrow.

Hamburg, 2. Februar. Das Hamburg-New Yorker Post- Dampfeschiff „**Borussia**“, Schweden, am 21. Januar von New York ab- gegangen, ist nach einer sehr schnellen Reise von 11 Tagen 2 Stun- den am 1. Februar 10 1/2 Uhr Morgens in Cowes angekommen und hat um 11 1/2 Uhr die Reise nach Hamburg fortgesetzt. Dasselbe über- bringt 62 Passagiere und 291,635 £ Contanten.

Das Hamburger Postdampfeschiff „**Allemanntia**“, Trautmann, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Actien-Ge- sellschaft, ging am 3. Februar von Hamburg via Southampton nach Newyork ab.

Helsingör, 2. Februar. Wind: ESO., Morgens Brams- gels, Mittags einfach gereifte Marssegels-Rühte, Regen. Therm. + 31 1/2 R.

Bolderaa, 1. Februar. Bei der eingetretenen Kälte von 70 R. sieht man heute den Fluß überall mit dünnem Eise überzogen, so daß die Strömung nur langsam in die See geht.

Blissingen, 1. Februar. Die Medlen. Bart Loreley, Kle- venow, am 7. Januar von Antwerpen mit Stückgut nach Konstanti- nopol und gestern von hier in See gegangen, kam heute ledt harter zurüd. Das Schiff wird, wie man sagt, in den Hafen geholt.

Blissingen, 3. Februar. Die Loreley, Klevenow, ist hier in den Hafen eingekommen.

St. Jves, 1. Februar. Durch Lootsen angesprochen: Preuß. Bark **Myrtha**, Karnowsky, von Newyork nach Barcelona, etwa 9 Miles nordwärts von St. Jves, hatte sehr heftiges Wetter im Canal; an Bord Alles wohl.

Triest, 28. Januar. Berichte von Gallipoli vom 23. d. M. melden, daß das etwa 15 Meilen von Gallipoli auf Strand gelaufene Schiff **Ernst von Homeyer**, Bülow, nach Queenstown oder Fal- mouth bestimmt (Siehe Nr. 35), durch einen Italienischen Kriegs- dampfer abgebracht und in Gallipoli eingeschleppt ist. Das Schiff ist ledt, hat das Steuerruder gebrochen und muß entlocht werden.

Schleiss, 1. Februar. Die Preuß. Bark **Louise Poll**, welche aus der Tyne vor 6 Tagen nach Neapel abging, ist heute Nacht hierher zurückgekommen; war bis an die Holländische Küste verschla- gen. An Bord Alles wohl.

Breslau, 3. Februar. Oberpegel 14 Fuß 11 Zoll, Unter- pegel 2 Fuß - Zoll.

Einwemünder Einfuhr-Liste.

Lissabon: **Alma**, **Moed**. Ordre C. F. Schneider 560 Tonnen Leinsamen.

Mamel: **Bertha**, **Barholz**. Ordre Th. Gerlach 212 Schock eigene Stäbe, 1086 Lagen ficht. do., 11 Schock ficht. Dielen.

Danzig: **Elise Martha**, **Vagemühl**. Ordre Hausmann & Co. 425 Schock eich. Stäbe.

Gastle: **Willemos**, **Munch**. Neufisch in Wollin 68 Stück frische Lachse, 9 Stück gefalz. go., 4 Faß marintirten do.

Stettin, 5. Februar.				
Amtliche Course.				
	Zinsf.			
	%			
Hamburg	6 T. 5	1527 3/8 b. G.	Starg.-Pos. II.	44
do.	2 Mt.		Stett. Stadt-Obl.	44
Amsterdam	8 T. 6	144 G.	do. Börsenh.-Obl.	44
do.	2 Mt.		do. Schauph.-O.	5
London	10 T. 8	8. 25 7/8 b.	P. Chausseeb.-O.	5
do.	3 Mt.	6. 21 7/8 b.	Urd.-Woll.-Kr.-O.	5
Paris	10 T.		Greifenhag. do.	5
do.	2 Mt.		Stett. Str.-Vrs.-A.	4
Bordeaux	10 T.		Prss. Nat.-Vrs.-A.	116 G.
do.	2 Mt.		Prss. See-Ass.-C.	4
Bremen	8 T.		Pomerania	110 B.
St. Petersburg	3 W.		Union	102 B.
Wien	8 T.		Stett. Speich.-A.	5
do.	2 Mt.		Ver.-Speich.-A.	5
Preussische Bank	7	Lomb. 7 1/2 %	P. Prov.-Zuckers.	1200 B.
Staats-Anleihe	4 1/2		N. Stett. Zuckers.	4
do. neue	5		Mescher. Zuckert.	5
St.-Schuldsch.	3 1/2		Bredower do.	5
Prss. Präm.-Anl.	3 1/2		Walzmühl.-Act.	5
Pomm. Pfäbriele.	3 1/2		St. Portl.-Cem.-F.	4
do. do.	4		do. Dpl.-Schlepp-	5
do. Rübrik.-u. Nu.	4		schiff.-A.-Ges.	306 B.
Rtt. Pomm.-B.-A.	4		do. Dampfsch.-V.	4
Berl.-St.Eisenb.	4		Neue Dampfer-C.	4
Act. Litt. A. B.	4		Germania	106 B.
do. Prior. IV.	4		Vulcan	4
do. do.	4 1/2		St. Dampf.-Ges.	103 b.
Starg.-Pos. E.-A.	3 1/2		Pomerensdorfer	4
do. Prior.	4		Chem. Fabrik	4
			Chem. Fbr.-Anth.	4
			St. Kraftdäng.-F.	5
			Gm. Bau-G.-Anth.	5

Stadterordneten-Versammlung
am Dienstag, den 6. d. M., Nachmittags 5 1/2 Uhr.
Nachtrag zur Tagesordnung:
Öffentliche Sitzung.
Mittheilung, betreffend das Eisenbahn-Projekt zur Verbindung des Personen-Bahnhofes mit dem Central-Güterbahnhof. — Nach- mungsfaden. — Antrag des Magistrats, zur Mithung eines geeig- neten Locals für Bureauz städtischer Verwaltungszweige Geld zu be- willigen.

Stettin, den 5. Februar 1866. Saunier.

Stettin-Wollin-Comminer Dampfeschiffahrt.

So lange das Wasser vom Eise frei ist, fährt das Dampfeschiff „**Alisdrö**“, Capt. Ruth, von Dienstag, den 6. Februar c., bis auf Weiteres täglich und zwar:

von Stettin	von Cammin
Dienstag 12 1/2 Uhr Mittags,	Montag 9 Uhr Morgens,
Donnerstag 12 1/2 Uhr Mittags,	Mittwoch 9 Uhr Morgens,
Sonntabend	Freitag

aus Wollin 10 1/2 Uhr Vorm.

Passagier- und Frachtgeld wie bisher.

J. F. Braeunlich, Stettin, Frauenstraße 22.

Das Dampfeschiff Ueckermünde L., Capt. Schwerdtfeger, wird von Dienstag, den 6. Februar c., so lange es durch Eis nicht behindert wird, wöchentlich eine Reise von Ueckermünde nach Stettin und zu- rück in folgender Weise machen:

Abfahrt von Ueckermünde jeden Dienstag, Morgens 8 Uhr, Ca- minke 9 Uhr, Warp 10 1/2 Uhr. Ankunft in Stettin gegen 2 Uhr Nachmittags.

Abfahrt von Stettin jeden Donnerstag, Vormittags 10 Uhr, Warp Nachmittags 1 Uhr, Caminke 2 1/2 Uhr. Ankunft in Uecker- münde gegen 4 Uhr.

Jeden Mittwoch liegt das Schiff in Stettin zum Laden an.

Ueckermünde, den 1. Februar 1866. [508]

F. W. Radmann.

Schiffs-Verkauf.

Das im hiesigen Hafen liegende Briggschiff „**Lina**“, 179 alte Lasten groß, bisher geführt vom Capt. S. E. Ehrh, soll auf Antrag der Abkerei öffentlich verkauft werden und habe ich dazu einen Termin auf Donnerstag, den 15. Fe- bruar, Nachmittags 3 Uhr, in meinem Comptoir angelegt. Das Schiff ist 1850 gebaut, 1865 neu verholzt und hat mit 18 1/2 Keel Gastkoh- len beladen einen Tiefgang von 13 1/2 Fuß.

Inventarium und Bedingungen sind jederzeit bei mir ein- zusehen.

Stettin, den 3. Februar 1866. W. Geiseler.

[521] Das hier selbst unter der Firma **A. Jahnecke & Co.** bestehende **Schiffs-Verproviantirungs-Ge- schäft** ist zu verkaufen.

Reflectanten wollen sich an die Herren **Ernst Becker**, Fi- scherstraße, oder **Heinr. Ruhr**, Frauenstraße, wenden.

Ein Delicateffen-Geschäft
in **Danzig** ist unter sehr annehmbaren Bedingungen zu verkaufen. — Reflectanten belieben ihre Adresse unter **A. W. 4** der Exp. d. Bl. einzufenden. [454]

Prima Rügener Schlemmkreide
[543] offeriren billigst
Behnke & Jock.

Von meinem
Weizen-Malzbiere
prämirt durch silberne Medaille halten Vorrath in Stettin die be- kannten Niederlagen. [550]
Wihl. Conrad.

Neuen **Pernauer, Rigaer, Windauer, Li- bauer, Memeler, Elbinger, Tilsiter Leinsamen** offerirt
Julius Rohleder.
[5935]
Neunaugen
in 1 1/2 und 2 Schock-Fässern, à Schock 2 R., werden ununterbrochen ver- sandt von
J. C. Cross in Danzig.

[456] Selbstgewonnener Samen von **weissen grün- köpfigen Riesenmöhren**, verkaufe ich den Centner zu 20 R., bei Abnahme von weniger als 25 R. das R. zu 7 1/2 R.
G. Schulze in Sammenthin bei Arnswalde.

Brau- und Brennmalz, Ama Rüg. und Wolliner Schlemmkreide, sowie Dan. Stückenkreide offerirt
Joh. Fr. Krause, Bollwerk 14.
[572]

Echten Pernanischen Guano
bester Qualität, direct aus dem Depot der Pernanischen Re- gierung von den Herren **J. D. Mutzenbecher Söhne** in Ham- burg, sowie
Knochenmehl in Prima-Qualität, offerirt zu billigsten Preisen
L. Manasse junior,
Comptoir: **Bollwerk 33,** nahe der langen Brücke.
[499]

Petroleum.
[505] Prima wasserhelles, raff. Pennsylv. Petroleum „**Schiff** „**Ottowa**“, Capt. Mc. Donald, via Geestemünde von Philadelphia empfangen, offeriren ab Geestemünde und ab Stettin zu billigen Preisen.
F. Bachhausen & Co.

Eiserne Geldschränke
billig zu verkaufen
[223] **Neue Königs-rasse 16, parterre.**

Für Gas-Consumenten.
Gas-Regulatore und Sparer mit Speckstein-Brenner
für Stück 17 1/2 R., inclusive Veränderung.
Einzeln Brenner für Stück 3 R. bei
[571] **Moll & Hängel.**

Am 1. Februar c. habe ich
Paradeplatz Nr. 8, Ecke der Breitenstraße, ein 2. Verlagslager meines
Cigarren-, Rauch- und Schnupftaback-Geschäfts eröffnet, welches ich neben meinem am Kohlmarkt seit 0 Jahren be- stehenden Geschäft führen werde, und bitte ich, meinem neuen Unter- nehmen dasselbe Wohlwollen zuzuwenden, dessen sich mein erstes Ge- schäft erfreut. [547]

Hochachtungsvoll
A. E. Meyer,
Kohlmarkt Nr. 19 und
Paradeplatz 8, Ecke der Breitenstr.

NB. Die im Geschäft **Paradeplatz Nr. 8** früher geführten **Vapier- & Schreibmaterialien** werde ich auch stets vorräthig halten.

Bartenthiner Torf.
von dem Moor unmittelbar neben dem des Baron v. Puttkammer von demselben Grund und Boden in derselben Qualität und vorzüg- licher Güte a 1000 2 R. 10 R. Fr. Ebel, Lager: Obermühl (Schlosshof-Hof). Fuhrwerk daf. [573]

Die Lungenschwindsucht
wird naturgemäß, ohne jede innere liche Medicin geheilt. Adress: **W. 25** poste restante Heidelberg. (Franco gegen franco.) [386]

[576] Zu einem soliden rentablen Holz- Fabritgeschäft wird ein Theilnehmer mit 5- bis 8000 Thaler disponiblen Vermögen gesucht. Adressen werden unter **G. & G.** in der Exped. dieses Blattes erbeten.

Verlangt werden [480]
Repräsentanten oder Reisende.
Ein Haus ersten Ranges in Bordeaux mit einer guten Kun- schaft verlangt Commissions-Reisende oder Repräsentanten für den Verkauf von Weinen und Brauntweinen (gute Bedingungen). Wer nöthig zu schreiben, wenn keine guten Referenzen vorhanden. Man wende sich franco an **Mr. de Salers, 126 rue du Palais Gallie à Bordeaux.**

Ein junger Mann, Materialist, der in einer größeren Re- vidualstadt gelernt hat, augenblicklich noch in Stellung, sucht fortw. oder später ein anderweitiges Engagement. [535]
Adresse **M. N. post restante Bromberg.**

[493] Ein junger Mann, mit der doppelten Buchführung ver- traut, der seine Lehrzeit in einem bedeutenden Getreide- und Holz- Geschäft beendet und bereits 2 Jahre als Buchhalter in demselben Geschäft thätig, wünscht Veränderungshalber am 1. April in ein an- liches Geschäft zu treten.

Reflectanten belieben Ihre Adresse an die Exped. d. Bl. unter Chiffre **J. Y.** abzugeben.

In meinem Speicher **Nr. 19** ist eine Re- mise sofort zu vermieten.
[574] **Ferdinand Brumm.**

[549] In meinem Hause **Bladrinstraße Nr. 3 b** sind 1 Comptoir 2 Waarenböden und 1 Lagerstall sofort oder am 1. März c. miethbar.
Wm. Finger.

[548] **Lastadie, Wallstraße 36**, ist ein Comptoir nebst Re- ner Wohnung parterre zum 1. April zu vermieten. Näheres an- drinfr. Nr. 3 b bei **Wm. Finger.**

[551] Die Bel-Etage meines Hauses **Speicherstraße 4** zum 1. April miethsfrei.
W. Trempel.

Druck u. d. Verlag von **F. Hesse** in Stettin.
Verantwortlicher Redacteur **Otto Wolff** in Stettin.